

# Ein Kleinstaat in Aufruhr

Georg Kreis erzählt die etwas in Vergessenheit geratene Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg spielt in der Schweizer Geschichtskultur nur eine marginale Rolle. Georg Kreis hat nun eine längst überfällige Gesamtdarstellung jener konfliktreichen Zeit publiziert.

Marc Tribelhorn

Die Schweiz überstand den Weltenbrand nur scheinbar unversehrt. Der «Grosse Krieg» mit seinen Millionen von Toten und Verwundeten zog zwar an den bewachten Grenzen vorbei, hinterliess im Landesinnern jedoch tiefe Spuren. Die Erinnerung an jene konfliktreiche Zeit von 1914 bis 1918 ist inzwischen verblasst und überlagert. Wissenschaft wie Öffentlichkeit setzten sich in den vergangenen Jahrzehnten – aus guten Gründen – vor allem mit dem Zweiten Weltkrieg auseinander. Das war in den meisten europäischen Ländern so, ändert sich nun aber rasant.

Hundert Jahre nach dem Beginn der «Urkatastrophe» läuft die Geschichtsmaschinerie auf Hochtouren, der Erste Weltkrieg ist präsent wie nie zuvor, auch hierzulande. Pünktlich zum «Centenaire» hat der Basler Historiker Georg Kreis ein Überblickswerk zur Schweiz in den Kriegsjahren vorgelegt. Unter dem etwas holprigen, aber programmatischen Titel «Insel der unsicheren Geborgenheit» liefert er eine kurzweilige und kenntnisreiche Synthese des heutigen Forschungsstandes. Er gibt jedoch zugleich zu bedenken, dass das Nicht-

wissen über diese Zeit wahrscheinlich noch immer grösser sei als das Wissen.

In acht thematisch strukturierten Kapiteln versucht Kreis das Geschehen in seiner militärischen, sozialen, politischen, wirtschaftlichen und alltäglichen Dimension zu erfassen. Ergänzt werden seine Ausführungen mit historischen Bildquellen wie Fotografien, Karikaturen und Postkarten. In groben Strichen wird schliesslich eine Schweiz gezeichnet, die sich vier Jahre lang in Aufruhr befindet, auch wenn sie selbst nicht in kriegerische Handlungen verwickelt ist.

«Die schwarze Wolke, die seit Jahren gefahrdrohend am politischen Himmel



Georg Kreis: *Insel der unsicheren Geborgenheit. Die Schweiz in den Kriegsjahren 1914–1918.* NZZ-Libro, Zürich 2013. 304 S., Fr. 44.–.

stand, hat sich entladen», heisst es in der Botschaft des Bundesrats gleich nach Ausbruch des Krieges im August 1914. Dann geht es Schlag auf Schlag. Tausende von Ausländern verlassen das Land, um an der Front zu kämpfen. Die Schweiz erklärt ihre Neutralität, und der umstrittene deutschfreundliche Ulrich Wille wird zum General ernannt. 220 000 Mann werden mobilisiert und an die Grenze beordert, schlecht vorbereitet und mangelhaft ausgerüstet. Der

Generalstab rechnet noch mit einer Kriegsdauer von höchstens sechs Monaten, schmiedet aber Pläne, sich der einen oder anderen Partei anzuschliessen. Die Gefahr, dass der Krieg über die Grenze schwappt, bleibt lange virulent. Derweil verleiht das «Vollmachtenregime» dem Bundesrat eine zuvor nie gekannte Machtfülle, bläht Verwaltung und Bürokratie allerdings so gewaltig auf, dass der «Nebenspalter» über eine neue Krankheit namens «Reglementitis» frozelt.

Die Gräben öffnen sich auch im Alpenland: Die Deutschschweiz sympathisiert mit den Mittelmächten um das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, die Romandie mit der Entente um Frankreich und England. Je länger die Völkerschlacht dauert, desto weniger wird sie als lediglich temporäre Anomalie verstanden. Die Teuerung steigt, die Versorgungsschwierigkeiten nehmen zu, Verunsicherung greift in der Bevölkerung um sich. Das Land steht vor einer kulturellen und vor allem sozialen Zerreissprobe, die im Generalstreik von 1918 kulminiert. So weit, so bekannt.

Aufschlussreich sind besonders die Ausführungen, die über das traditionelle Narrativ hinausgehen. Etwa wenn Kreis die «vollständige» Neutralität nicht nur anhand des militärisch-politischen, sondern auch des wirtschaftlichen Handelns betrachtet. Die Schweiz ist schon damals eine international stark verflochtene Volkswirtschaft. Man ist auf den zunehmend schwierigen Import von Rohstoffen angewiesen, doch auch der «totale Krieg» im Ausland will beständig mit Gütern versorgt sein. So produziert etwa

die Uhrenindustrie kurzerhand Zünder für Artilleriegeschosse, Sulzer liefert Motoren für deutsche U-Boote, und Suchard verdoppelt den Reingewinn durch den Verkauf seiner Schokolade, die an der Front als Proviant und Stimulans beliebt ist. Das Geschäft mit dem Krieg ist lukrativ, wenn auch ethisch fragwürdig für einen neutralen Staat.

In jenen Jahren werden überdies die Geschlechterverhältnisse justiert. Es entstehen neue Rollenbilder und berufliche Chancen für die Frauen, als die Männer monatelang an der Grenze stehen. Politische Rechte für die Frau sind denn auch eine Forderung der Streikenden von 1918. In der Erinnerungskultur ebenfalls kaum Spuren hinterlassen hat die Tatsache, dass zeitgleich mit den vielgepriesenen humanitären Diensten im Inland ein zunehmend raues Klima für Ausländer entsteht. Das verstärkte Beschwören einer «Überfremdung» der Schweiz ist ein Produkt des Weltkriegs – mit nachhaltiger Wirkung.

Zu flüchtig abgehandelt sind dagegen wichtige geschichtskulturelle Phänomene wie die Topoi der «Friedensinsel» und der «Bewährung im Krieg», die später in der geistigen Landesverteidigung wirkmächtig wurden und bis heute zum Selbstverständnis der Schweiz gehören. Auch bleibt der Verdacht, dass die Publikation unter Hochdruck fertiggestellt wurde. Der Aufbau ist nicht immer stringent, und dem Text hätte ein strengeres Lektorat gutgetan. Dem Erfolg des Buches scheint dies jedoch nicht abträglich zu sein. Eine zweite Auflage ist bereits in Vorbereitung.

# Besserer Status für den Islam

Menschenrechte als Rahmen

Drei Religionsrechtler empfehlen eine Anerkennung islamischer Gemeinschaften in Schritten. Sie stecken dafür den verfassungsrechtlichen Rahmen ab.

C. W. · Die staatliche Anerkennung nichtchristlicher, insbesondere islamischer Glaubensgemeinschaften ist an sich ein Gebot der Gleichbehandlung und der gesellschaftlichen Integration. Grosse Hindernisse liegen einerseits im politischen Widerstand – man denke an das Minarettverbot –, andererseits in der organisatorischen Schwäche der Muslime, deren Vereinsstrukturen oft noch von der nationalen Herkunft bestimmt sind. Die öffentliche Anerkennung der Alewiten in Basel bestätigt wohl als Ausnahme die Regel.

Eine Publikation aus dem Zentrum für Religionsverfassungsrecht der Universität Luzern kann nur indirekt weiterhelfen. Sie analysiert als Rahmen das



Adrian Loretan, Quirin Weber, Alexander H. E. Morawa: *Freiheit und Religion. Die Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften in der Schweiz.* Lit-Verlag, Wien/Zürich 2014. 160 S., Fr. 29.–.

schweizerische «Kirchen»-Recht und die Praxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), enthält aber auch Ideen zum Vorgehen. (Das Buch beruht, schlecht deklariert, auf einem Auftrag der islamischen Dachverbände.) Adrian Loretan, Quirin Weber und Alexander Morawa empfehlen den Behörden beziehungsweise den islamischen Organisationen, Strukturen zur Ausbildung von Imamen und Religionspädagogen zu schaffen, Versuche mit Religionsunterricht an Schulen durchzuführen und Gesuche um kantonale Anerkennung einzureichen.

Während die öffentliche Anerkennung symbolische Bedeutung hat, aber auch Rechte an Schulen und in der Anstaltsseelsorge umfassen kann, ist die öffentlichrechtliche Anerkennung heute namentlich mit einem Anspruch auf Steuererhebung verbunden. Es wird die Möglichkeit eines prozesshaften Vorgehens skizziert, bei dem auf einer ersten Stufe beispielsweise noch keine volle Gleichstellung der Geschlechter verlangt wäre, diese aber Thema eines Dialogs sein müsste.

Die den Konklusionen vorangehenden 150 Seiten und 627 Anmerkungen schaffen für die konkreten Fragen nur begrenzt grössere Klarheit. So räumen die Autoren ein, dass die Stellung der Landeskirchen unter Rechtfertigungsdruck geraten ist, sie begründen aber das öffentliche Interesse kurzerhand damit, dass Staat und Religionsgemeinschaften die gleichen Ziele – Frieden und Freiheit – verfolgten. Bedingung einer Anerkennung soll die Einhaltung sinngemäss verstandener Menschenrechte sein. Da fragt sich, ob solche Auflagen nicht weiter gingen als im Fall der katholischen Kirche, wo das duale System einen Kompromiss mit der kirchlichen Autonomie erlaubt. Gerade wenn die öffentliche Relevanz von Religion betont wird, ist auch eine gewisse Widerständigkeit hinzunehmen.

Und schliesslich ist die Auseinandersetzung mit der (als zu punktuell beurteilten) Rechtsprechung des EGMR an sich nützlich, doch ergibt sich aus den Grenzen staatlicher Eingriffe in die Religionsfreiheit noch keine Handlungsanleitung. Unsicher ist besonders eine Parallelität von Anerkennung und primär eher der Kontrolle dienender Registrierung. Positiv heben die Autoren eine Tendenz der Strassburger Instanz hervor, dem Staat den Dialog als Aufgabe zuzuerkennen – den Dialog mit und zwischen den Religionsgemeinschaften sowie innerhalb von diesen. Auch eine solche Offenheit lässt sich kaum rechtlich erzwingen.

# Politische Archäologie

Präparierte Funde aus den verschiedenen Gräben

Eine neue zeitgeschichtliche Analyse von Abstimmungs- und Wahlergebnissen illustriert die Dynamik regionaler politischer Spannungen in der Schweiz.

se. · Im Nachgang zu umstrittenen Volksabstimmungen ist stets von Gräben die Rede; zumeist geht es um Spannungen zwischen Stadt und Land oder zwischen Deutschschweiz und Romandie. Einst spalteten sich Werthaltungen regional auch stark nach konfessioneller Zugehörigkeit, und natürlich werden regelmässig Gräben zwischen links und rechts sichtbar, wenn es um Umverteilung und die Rolle von Staat und Markt geht. Der Politologe und Bundesstatistiker Werner Seitz hat nun eine kleine Geschichte der politischen Gräben geschrieben, nüchtern und faktenbasiert.

Die Knochen in Seitz' polit-archäologischer Grabung sind Bezirks- und Kantonsergebnisse von 481 eidgenössischen Abstimmungen und 49 Nationalratswahlen zwischen 1848 und Ende 2012. Das Ergebnis ist eine kleine historische Analyse der politischen Schweiz, die zum Verständnis der heute noch viel diskutierten Gräben beiträgt. Seitz zeichnet nach, wie der einst tiefe konfessionelle Graben nach und nach an Bedeutung verloren hat. Der konservative Pol ist heute überkonfessionell besetzt: Die einstigen Katholisch-Konservativen sind in den 1970er Jahren als CVP in die Mitte gerückt, später hat dann die SVP mit der Bewirtschaftung von aussen- und ausländerpolitischen Fragen das frei gewordene Feld besetzt.

Nach 1970 zeige sich denn auch nur noch bei etwa 10 Prozent aller Abstimmungen ein konfessioneller Graben, schreibt Seitz, etwa bei Themen wie dem Schwangerschaftsabbruch. Doch selbst bei derart wertgeladenen Fragen schwindet die konfessionelle Polarisierung nach und nach. Der konfessionelle Graben ist in der Schweiz Geschichte.

Anders verhält es sich mit dem sprachregionalen Graben: Er hat sich in der Helvetik geöffnet und ist somit jünger als der konfessionelle Graben, der sich übrigens von Anfang an quer über

die Sprachregionen legte. Zu ernsthaften Konflikten zwischen den Sprachregionen kam es erst Ende des 19. Jahrhunderts, sie kulminierten dann während des Ersten Weltkriegs. Das Land meisterte diesen Konflikt. Seitz zeichnet nach, wie sich die Romandie in der Nachkriegszeit stärker nach links orientierte – was zu Polarisierungen entlang der Sprachgrenze etwa bei sozialpolitischen Fragen führte. Auch in der Europapolitik ist die Westschweiz bis heute offener als die Deutschschweiz, wobei diese Unterschiede abnehmen. Dieses Thema spaltet heute vorab zwischen Stadt und Land – oder auch zwischen Kernstädten und Agglomerationen.

Der Stadt-Land-Konflikt ist nicht nur der älteste politische Graben, sondern er ist heute auch der virulenteste – vor allem in der Deutschschweiz. Mit Wahl- und Abstimmungsergebnissen



Werner Seitz: *Geschichte der politischen Gräben in der Schweiz.* Rüegger-Verlag, Zürich und Chur 2014. 182 S., Fr. 22.–.

er indes historisch schlecht dokumentiert, da lange nur Bezirksergebnisse erfasst wurden – und Bezirke umfassen oft Städte und ihr Umland. Seitz beschränkt sich hier deshalb auf die jüngere Vergangenheit, für die er auch Gemeindeergebnisse auswerten konnte. Im Vordergrund stehen bei dieser Konfliktlinie ökologische Themen, die Aussen- und die Ausländerpolitik. Seit den 1980er Jahren polarisiert gemäss Seitz fast jede vierte Abstimmung entlang der Stadt-Land-Linie – die sich übrigens auch in einem Aufstieg rot-grüner Parteien in den Kernstädten äussert.

Bei aller Sorge um regionale Spannungen, die regelmässig für mediale Aufregung sorgen, vermag ein zentraler Befund von Seitz zu beruhigen: Die politischen Spannungen zwischen den Regionen sind heute im Vergleich zum 19. Jahrhundert geradezu undramatisch.

# Liebesbrief an die Schweiz

Eine deutsche Sicht auf die Eidgenossenschaft

Sparsam, bescheiden und neutral, aber auch langweilig und langsam – trotzdem oder genau deswegen seien Schweizer «Besserköner». Das zumindest konstatiert Wolfgang Koydl in seinem gleichnamigen Buch.

Désirée Föry

Die Schweiz bastelt, werkelt, grübelt an Kleinigkeiten, die dann trotzdem grosse Veränderungen bringen – von der Uhr bis hin zur Verfassung. Für Wolfgang Koydl sind Schweizer Lösungsansätze besser, origineller, intelligenter, gründlicher und breiter diskutiert. Der langjährige und vielgeleitete Korrespondent der «Süddeutschen Zeitung», der nun in der Schweiz positioniert ist, kommt kaum aus dem Schwärmen über seine neue Heimat heraus. Er erkennt aber glücklicherweise, dass die Schweiz mehr ist als ihre gängigen Klischees – Rolex, Heidi, Schokolade und Schwarzgeld.

Zwei Dinge unterstreicht der deutsche Journalist mehrfach als Eigenschaften, die Schweizer zu Besserkönern machen: die Kompromissbereitschaft und die Langsamkeit, mit der eine Lösung gefunden wird. An Gemächlichkeit ist die Schweizer Politik wohl kaum zu übertreffen. Der Autor spricht sogar von «Politikern als sanfte Homöopathen». Was lange währt, braucht schliesslich auch lange. In der «Kompromiss-Maschine Bundesbern» wurde die Konkordanz 2007 zwar über den Haufen geworfen (und das ganz untypisch plötzlich), für die Kompromissfindung lässt man sich aber nach wie vor viel, sehr viel Zeit.

«Eine Weltkatastrophe wird die Schweiz wohl nie auslösen wollen oder können. Sehr wohl aber könnte sie die Welt ein klein wenig verbessern, wenn sich die Welt nur das eine oder andere Beispiel an ihr nähme», propagiert Koydl. Manch einem europäischen Nachbarland würde es trotz der drohenden helvetischen Lethargie guttun, von der Schweiz zu lernen. Das scheitert aber bereits am Miteinander in der EU. Im Gegensatz zu den 26 Kantonen, die

sich freiwillig zur Eidgenossenschaft zusammengeschlossen hätten, fühlten sich die einzelnen Staaten der EU, als würden sie in eine Nation gepresst «wie in eine Zwangsjacke», bedauert Koydl.

Nicht nur die Gemächlichkeit und der Wille zum Kompromiss seien helvetische Vorzüge. Eine perfekte Infrastruktur, eine effiziente Bürokratie, niedrige Korruption, tolle Universitäten, ein sparsames Gesundheitssystem und eine niedrige Arbeitslosigkeit zählt Koydl auch dazu. Diese Aspekte riefen natürlich Neider auf den Plan. So unbeliebt sei die Schweiz in der EU aber nur, weil sie zeige, wie es besser gehe. «Ein Europa à la Suisse wäre besser nicht nur für die Schweiz, sondern auch für Europa und seine Bürger.»

Doch was wäre ein Europa à la Suisse? Laut Koydl wäre es eine Kombination aus nörgelnden Deutschen



Wolfgang Koydl: *Die Besserköner. Was die Schweiz so besonders macht.* Orell Füssli, Zürich 2014. 224 S., Fr. 20.–.

und den französischen Weltverbessern. Eine Gruppe aus Besserkönern und nicht Besserkönern. Eine Synthese von Widersachern, die einen Kompromiss finden. Ein Schmelztiegel verschiedenster Nationen, die gemeinsam gegen mehr Ferientage und für mehr Steuern sind.

Dieses Buch «wird vor allem den Schweizer Lesern guttun», sagt Alt-Nationalrat Jean Ziegler in seiner Nachrede. Tatsächlich könnte der eidgenössische Bauch nicht schöner als auf Koydls Weise bepinselt werden. Eine kritische Auseinandersetzung mit einer anderen Seite der Schweizer bleibt aber leider aus. Und eine Antwort auf die Frage, weshalb der politische Diskurs in der Alpenrepublik nur zähflüssig vorankommt, wird nicht gegeben. Wir «Besserköner» können halt doch nicht alles besser.